

Bürgermeister Dr. Storch eröffnet die 12. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Bürgermeister, dass er die Verwaltungsvorlage zu TOP 4.3, Projekt „Mehr Breitband für Eitorf“ zurückzieht. Gleichzeitig bittet er, den Punkt heute von der Tagesordnung abzusetzen. Er begründet dies.

In der Vorlage vom 13.01.2012 sei entsprechend den Ergebnissen der Ausschreibung in Verbindung mit den beiden anschließenden Iterationsgesprächen aber auch im Hinblick auf die Mitteilung der Bezirksregierung vom 04.01.2012 eine Priorisierung der einzelnen Baumaßnahmen vorgeschlagen worden. Es seien sowohl die Deckungslücken als auch die zusätzlich von der Gemeinde Eitorf zu erbringende Sach- und Bauleistungen in den einzelnen Maßnahmen dargestellt worden. Am 20.01.2012 habe ein weiteres Gespräch mit der Telekom hier im Hause stattgefunden. Danach ergebe sich folgender, grundsätzlich neuer und positiverer Sachverhalt:

Es werden insgesamt lediglich bei zwei Maßnahmen der Gemeindewerke – Verlegung neuer Wasserleitungen – kostenlose Beilegungen von Leerrohren erwartet. Bei zwei weiteren Maßnahmen werden, soweit wie möglich, vorhandene Rohre/Leitungen der Werke angemietet. Alle übrigen Verlegungen durch die Gemeinde sind, anders als in den Leistungsbeschreibungen der Angebote beschrieben, lediglich optional. Das bedeutet, dass, sofern die Gemeinde diese nicht erbringt, sich die Deckungslücke bzw. der Eigenanteil nicht erhöht. Seitens der DT AG wurde im Gespräch zugesagt, die teilweise fehlerhaften, zumindest jedoch missverständlichen Regelungen klar zu stellen. Innerhalb der nächsten 14 Tage sollen die zukünftigen Vertragsregelungen im Entwurf dargelegt werden.

Aus diesen Gründen, so der Bürgermeister weiter, sei die Entscheidungsgrundlage neu zu überarbeiten. Daher biete sich an, die Angelegenheit in die kommende Ratssitzung zu vertagen.

Auf den Antrag der CDU-Fraktion eingehend, erklärt der Bürgermeister, dass dieser heute unter dem TOP Haushalt gleichwohl mit beraten werden könne.